

tismus und des sozialistischen Internationalismus, sozialistische Einstellung zur Arbeit und zum gesellschaftlichen Eigentum, Verbreitung der wissenschaftlichen Weltanschauung des Marxismus-Leninismus, Entlarvung der reaktionären bürgerlichen Ideologie. Die Lösung dieser Aufgaben ist auf die weitere Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins aller Werktätigen gerichtet, der Grundlage ihrer schöpferischen Aktivität.

Das neue Statut der SED bestimmt die Rolle und Tätigkeit der Partei beim umfassenden Aufbau des Sozialismus. Es legt zusätzliche Garantien für die Einhaltung der Leninschen Normen des Parteilebens fest, widerspiegelt die innige Verbundenheit der Partei mit den Massen, zeigt ihre unverbrüchliche Einheit und Geschlossenheit und setzt die Partei in den Stand, ihre Aufgaben in den neuen Etappen der gesellschaftlichen Entwicklung zu meistern.

Die Sozialistische Einheitspartei hält unbeirrt an ihrem Ziel der Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands fest. Die Hauptvoraussetzung für die Überwindung der Spaltung Deutschlands müssen die Arbeiter und alle friedliebenden Kräfte in Westdeutschland selbst schaffen, indem sie die Imperialisten und Militaristen von der Macht ausschalten. Unsere Politik ist auf die Sicherung des Friedens, die Anbahnung sachlicher und normaler Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, die schrittweise Verwirklichung einer Konföderation beider deutscher Staaten, der sich auch die Freie Stadt Westberlin anschließen könnte, als der geeignetsten Form zur Verwirklichung der friedlichen Koexistenz in Deutschland gerichtet.

Um ein Minimum sachlicher und normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten herbeizuführen, schlug Walter Ulbricht auf dem VI. Parteitag der SED ein Abkommen der Vernunft und des guten Willens vor. Dieser Sieben-Punkte-Vorschlag fand ein breites Echo in beiden deutschen Staaten und in der Weltöffentlichkeit.

Die Verwirklichung dieser sieben Punkte, die voll und ganz den Interessen aller Bürger der DDR und aller friedliebenden westdeutschen Bürger entsprechen, verlangt das Zusammengehen aller großen Arbeiterorganisationen in beiden deutschen Staaten, vor allem der SED und der westdeutschen Sozialdemokratie. Ausgehend von den gemeinsamen Interessen ist die Politik des Zentralkomitees der SED darauf gerichtet, die Beziehungen zwischen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei trotz aller prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten zu versachlichen und die einheitliche Kampffront gegen den gemeinsamen Feind, den Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland und seine politische Partei, die CDU/CSU, zu schaffen.